

Dienstag (Vormittag), 5. Dezember 2017

Finanzdirektion

66 2016.RRGR.942 Bericht RR Entlastungspaket 2018 (EP 2018)

Gemeinsame Beratung der Geschäfte 2017.STA.358 (VA), 2017.STA.358 (AFP) und 2016.RRGR.942 (EP).

Ordnungsantrag

Antrag Hügli, Biel/Bienne (SP)

Rückkommen auf Planungserklärung 1 im Einzelblock 7.f.

Präsidentin. Es befinden sich genügend Leute im Saal, um mit den Beratungen zu beginnen. Wir beginnen nicht wie vorgesehen dort, wo wir gestern im Rahmen der Haushaltsdebatte aufgehört haben, nämlich bei Kapitel 10.i Kultur, sondern wir starten mit einem Ordnungsantrag. Es wurde ein Rückkommensantrag zum Traktandum 66 eingereicht. Möglicherweise wäre es angezeigt, zuzuhören. *(Die Präsidentin hält inne)*. Darf ich Sie bitten Platz zu nehmen? Es liegt ein Rückkommensantrag betreffend das EP 2018 vor, eingereicht von Grossrat Hügli, SP-JUSO-PSA-Fraktion. Dabei geht es um ein Rückkommen auf die Planungserklärung 1 im Einzelblock 7.f. Ich erteile Grossrat Hügli kurz das Wort, damit er uns erklären kann, worum es geht. Anschliessend haben die Fraktionen das Wort, danach stimmen wir über den Ordnungsantrag ab.

Daniel Hügli, Biel (SP). An der Fraktionssitzung von heute Morgen haben wir festgestellt, dass es bei der Abstimmung eine gewisse Verwirrung gegeben hat. Auch seitens der anderen Fraktionen haben wir teilweise diese Rückmeldung bekommen. Deshalb verlange ich hier als Sprecher Rückkommen auf das die Planungserklärung 1 im Einzelblock 7.f.

Präsidentin. Ich korrigiere meine Aussage von vorhin. Es liegt ein Rückkommensantrag vor, und in der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) steht, dass eine Rückkommensantrag und ein allfälliger Gegenantrag kurz begründet werden können, was soeben passiert ist. Daraufhin beschliesst der Grosse Rat jedoch, ohne dass eine weitere Diskussion stattfindet. Wir kommen somit bereits zur ersten Abstimmung, nämlich zu jener über den Rückkommensantrag. Haben alle gehört, worum es sich bei diesem Rückkommensantrag handelt? Es herrscht noch immer grosse Aufregung mit Begrüssung und Platz nehmen. Ich lese Ihnen den Antrag vor, bevor wir zur Abstimmung kommen: Rückkommensantrag Hügli, SP-JUSO-PSA-Fraktion, Rückkommen auf die Planungserklärung 1 im Einzelblock 7.f. Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer dem Rückkommen auf die Planungserklärung 1 im Einzelblock 7.f zustimmt, stimmt Ja, wer das nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (Ordnungsantrag Hügli, Biel/Bienne [SP])

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 27

Nein 86

Enthalten 8

Präsidentin. Sie haben das Rückkommen abgelehnt mit 86 Nein- zu 27 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen. Somit kommen wir zum Themenblock 10.i Kultur.

10.i Kultur

Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019–2021 Kullmann, Hilterfingen (EDU) – Nr. 1

Stellenabbau Zentralverwaltung (Massnahme 48.6.2): Die Sparmassnahme ist um 50 Prozent zu erhöhen.

Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019–2021 Kullmann, Hilterfingen (EDU) – Nr. 2

Verschiedene Einzelmassnahmen (Massnahme 48.6.3): Die Sparmassnahme ist um 25 Prozent zu erhöhen.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 9.7.5 «Kultur» um CHF 125 000 zu reduzieren.

Präsidentin. Ich gebe Grossrat Kullmann zur Begründung der beiden Anträge das Wort.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich mache es kurz. Die EDU-Fraktion beantragt Ihnen, die Sparmassnahme bei der Massnahme 48.6.2 um 50 Prozent zu erhöhen. Im Jahr 2019 würde das zusätzlich 50 000 Franken ausmachen, im Jahr 2021 wären es zusätzliche 200 000 Franken.

Bei der nächsten Massnahme 48.6.3 beantragen wir Ihnen eine Erhöhung der Sparmassnahme um 25 Prozent. Im Jahr 2018 macht das zusätzlich 125 000 Franken aus, und im Jahr 2021 wären es 325 000 Franken mehr. Ich sage dazu nicht allzu viel. Die EDU ist der Meinung, man könnte in diesem Bereich noch etwas mehr sparen.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. Die FiKo hat diese beiden Anträge mit 3 zu 9 Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt. Die FiKo bittet Sie also, diese Planungserklärung und den Abänderungsantrag abzulehnen.

Präsidentin. Jetzt haben die Fraktionen das Wort, zuerst Grossrat Wüthrich für die SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Wir lehnen beide Anträge deutlich ab und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun. Wir haben bereits Sparmassnahmen beschlossen, und es geht nicht, hier weitere Kürzungen auszusprechen. Das Amt für Kultur (AK) hat bereits genügend Einsparungen vorgenommen. Sie haben es gehört: Der Erziehungsdirektor hat die Sparmassnahmen in der Höhe von 5 Prozent in sämtlichen Abteilungen der ERZ klar und deutlich durchgesetzt. Wie alle anderen auch hat die Kultur hier ihren Beitrag geleistet. Auch in anderen Sparpaketen hat sie bereits genügend geleistet. Die Aufgaben im Bereich der Kultur liessen sich nicht mehr ausreichend erfüllen, wenn diesen beiden Anträgen Folge geleistet würde. Ich bitte Sie deshalb sehr klar im Namen meiner Fraktion, diesen beiden Anträgen eine deutliche Abfuhr zu erteilen. Mehr muss ich dazu nicht sagen, der Antragsteller konnte schliesslich auch nicht mehr dazu sagen.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Grüne). Les Verts vous demandent de renoncer à cette mesure d'économies supplémentaire. Concernant la mesure 1, pour soutenir l'économie, il y a actuellement un projet qui est en train de se terminer, donc cette coupe ne porterait pas trop à conséquence, mais une coupe supplémentaire mettrait en danger la suite des prestations au niveau de la culture. Pour la mesure 2, un petit rappel: il y a environ deux ans, le Grand Conseil a décidé de réduire le volume des bâtiments à l'inventaire des objets protégés et des objets dignes de conservation, les recensements sont actuellement en cours, cette coupe-là mettrait en danger aussi par la suite le patrimoine protégé, l'archéologie, et divers encouragements dans les activités culturelles. Nous ne souhaitons donc pas accepter cette mesure d'économies supplémentaire sur le patrimoine et la culture, merci de refuser ces deux amendements.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Ich kann es kurz machen. Auch die glp-Fraktion lehnt die beiden Anträge ab. Sie erscheinen uns ziemlich undifferenziert und ein wenig aus dem Bauch heraus gestellt. Unter der Massnahme 3.f hat der Rat der Regierung den Hinweis gegeben, dass wir

in der Zentralverwaltung durchaus sparen wollen. Aber uns wurde auch gesagt, gerade die ERZ habe innerhalb der Zentralverwaltung bereits viel gespart. Deshalb wäre es geradezu widersinnig, diejenigen zu bestrafen, die unsere Ideen umsetzen. Ich bitte Sie, die beiden Anträge Kullmann abzulehnen.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, diese Anträge abzulehnen. Zugegebenermassen geht es nur um einen kleinen Betrag, aber das AK ist ein kleines Amt, und es spart insgesamt 5 Prozent seines Budgets ein. Wir haben bereits gestern darüber gesprochen: Wir haben das wegen des Benchmarks schwerpunktmässig bei der Archäologie und bei der Denkmalpflege vorgenommen. Diese sparen 10 Prozent ihres Budgets ein. Aber über das ganze Amt hinweg bauen wir Stellen im Rahmen von 5 Prozent ab, so wie wir auch innerhalb der ERZ 5 Prozent in der Zentralverwaltung abbauen. Ich fände es schwierig, von denjenigen, die genau diese Vorgabe eingehalten haben, noch mehr zu verlangen, also zu verlangen, dass sie noch mehr Personal abbauen. Das wäre nicht fair. Wir haben alle Anstrengungen unternommen, um im Bereich Kultur wirklich einen Beitrag zu leisten, und wir gingen bis zum Maximum, nämlich zu diesen 5 Prozent des gesamten Budgets des AK. Ich bitte Sie, beide Anträge abzulehnen.

Präsidentin. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Planungserklärung 1 Kullmann. Wer diese annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (10.i Kultur; Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019–2021 Kullmann, Hilterfingen [EDU] – Nr. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	40
Nein	91
Enthalten	6

Präsidentin. Sie haben die Planungserklärung 1 abgelehnt mit 91 Nein- zu 40 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Wir kommen zum Abänderungsantrag 2. Wer dem Abänderungsantrag 2 zustimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (10.i Kultur; Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019–2021 Kullmann, Hilterfingen [EDU] – Nr. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	45
Nein	88
Enthalten	4

Präsidentin. Sie haben den Abänderungsantrag 2 abgelehnt mit 88 Nein- und 45 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

11.a Nachhaltige Entwicklung

Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019–2021 FiKo-Mehrheit / Grüne (Klauser, Bern) / SP-JUSO-PSA (Marti, Bern) – Nr. 1

Reduktion Förderbeiträge (Massnahme 49.8.1): Gebäudesanierungen sind energie- und klimapolitisch wichtig und daher ist auf eine Kürzung zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 10.7.3 «Nachhaltige Entwicklung» um CHF 0.87 Millionen zu erhöhen.

Präsidentin. Für die FiKo-Mehrheit hat der Kommissionspräsident, Grossrat Bichsel, das Wort.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. Bei der Massnahme 49.8.1 geht es um die Reduktion der Förderbeiträge. Damit erwartet der Regierungsrat eine jährliche Entlastung in der Höhe von 0,87 Mio. Franken. Gestützt auf die Gespräche, die wir mit der BVE im Vorfeld geführt haben, hat sich zwischenzeitlich aber herausgestellt, dass die Kürzung der Kantonsgeelder zu Kürzungen der Bundesmittel führen würde. Man kann hier auch von einer sogenannten Co-Finanzierung von Bund und Kanton bei gleichzeitiger Abhängigkeit sprechen. Das bedeutet, dass pro Franken reduziertes kantonales Budget der Kanton gleichzeitig maximal zwei Franken weniger Bundesbeiträge aus der CO₂-Abgabe bekommt. Konkret könnte also die Reduktion des kantonalen Budgets um jährlich 870 000 Franken zu einer maximalen jährlichen Reduktion der Bundesmittel in der Höhe von 1,76 Mio. Franken führen. Damit würden die zur Verfügung stehenden Bundesbeiträge stärker reduziert als der ausgewiesene Sparbeitrag, was bedeutet, dass insgesamt auch weniger Fördermittel zur Verfügung stünden. Dies wäre wiederum aus energie- und klimapolitischen Gründen unerwünscht. Deshalb beantragt Ihnen die FiKo mit 8 zu 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen, auf diese Massnahme im EP zu verzichten und die Planungserklärung anzunehmen.

Präsidentin. Wünscht ein Co-Antragsteller das Wort? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zu den Fraktionen. Auch sie verlangen das Wort nicht und die Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher ebenfalls nicht. Deshalb erteile ich somit Regierungsrätin Egger das Wort.

Barbara Egger, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Ich hätte es jetzt ganz kurz machen und auf ein Votum verzichten können. Denn die inhaltlichen Ausführungen des Kommissionspräsidenten sind absolut zutreffend. Deshalb sage ich nichts mehr dazu. Die Vorgabe in der Spardebatte war ja, pro Produktgruppe einen bestimmten Prozentsatz einzusparen. Bei dieser Produktgruppe war es nirgendwo sonst möglich. Das ist der Grund für unseren Sparvorschlag.

Präsidentin. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Abänderungsantrag annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (11.a Nachhaltige Entwicklung; Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019–2021 FiKo-Mehrheit / Grüne (Klauser, Bern) / SP-JUSO-PSA (Marti, Bern) – Nr. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	129
Nein	3
Enthalten	4

Präsidentin. Sie haben den Abänderungsantrag angenommen mit 129 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

12.a Steueranlage VA 2018

Antrag SVP (Wyss, Wengi)

Steueranlage von 3,04 (provisorisch, sodass in jedem Fall die Schuldenbremse eingehalten wird)

Präsidentin. Jetzt kommen wir zu den Themenblöcken 12, 13 und 14. Dabei handelt es sich um die Schlussabstimmung über den VA 2018, den AFP 2019–2021 sowie über den Bericht EP 2018. Wie ich Ihnen bereits gestern gesagt habe, möchte ich alles gemeinsam beraten. Anschliessend werden wir einzelnen darüber abstimmen. Ich werde das Wort in der Reihenfolge erteilen, wie die Kommissionen oder Antragsteller aufgeführt sind. Das heisst also JuKo, FiKo und dann SVP/Wyss. Ich

nehme an, dass die JuKo dann auch gleich die Themenblöcke 13 und 14 problemlos in einem Votum behandeln kann. Wünscht die JuKo das Wort? – Das ist nicht der Fall. Soeben hat der Kommissionspräsident der FiKo entschieden, nach dem Antragsteller zu sprechen. Wir starten also mit dem Votum des Antragstellers Wyss/SVP zur Steueranlage.

Seitens der FIN werden die Eckwerte des Zahlenwerks nach den Anträgen der Haushaltsdebatte projiziert.

Eckwerte nach Anträgen Haushaltdebatte – Stand: XX.11.2017

in Millionen CHF	Voranschlag	Aufgaben-/Finanzplan		
	2018	2019	2020	2021
Saldo Erfolgsrechnung	108.3	59.0	62.3	45.1
Nettoinvestitionen	469.5	473.2	479.2	475.5
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	420.4	428.2	437.2	449.5
Entnahme aus Aufwertungsreserve	-24.0	-24.0	-24.0	-24.0
Selbstfinanzierung	504.6	463.1	475.4	470.6
Finanzierungssaldo	35.1	-10.1	-3.8	-5.0
Schuldenabbau (+) / Neuverschuldung (-)				
Total 2018-2021		16		
Schuldenabbau (+) / Neuverschuldung (-)				
pro Jahr 2018-2021		4		
Selbstfinanzierungsgrad	107.5%	97.9%	99.2%	99.0%
		100.9%		

Differenz

in Millionen CHF	Voranschlag	Aufgaben-/Finanzplan		
	2018	2019	2020	2021
Saldo Erfolgsrechnung	-16.9	-12.9	-15.5	-21.2
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0
Entnahme aus Aufwertungsreserve	0.0	0.0	0.0	0.0
Selbstfinanzierung	-16.9	-12.9	-15.5	-21.2
Finanzierungssaldo	-16.9	-12.9	-15.5	-21.2
Schuldenabbau Total 2018-2021		-66.5		
Schuldenabbau pro Jahr 2018-2021		-16.6		

in Millionen CHF	2018	2018	Differenz
	(prov. Stand per XX.11.2017)	(Stand Antrag RR per 23.08.2017)	
Saldo Erfolgsrechnung	108.3	125.1	-16.9
Nettoinvestitionen	469.5	469.5	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	420.4	420.4	0.0
Entnahme aus Aufwertungsreserve	-24.0	-24.0	0.0
Selbstfinanzierung	504.6	521.5	-16.9
Finanzierungssaldo	35.1	52.0	-16.9

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Ich musste mich kurz beim FiKo-Präsidenten schlau machen, denn wir sind davon ausgegangen, dass wir zuerst die Ausführungen hören, damit wir die Faktenlage kennen. Sie konnten den Antrag lesen, und es wurde mir versichert, dass die Zahlen sogleich aufgeschaltet werden. Wir gehen davon aus, dass die Präsentation die neuesten Zahlen beinhaltet, was von Daniel Bichsel bestätigt worden ist.

Das Resultat des VA besteht aus einem Plus von 35,1 Mio. Franken. Auf dieser Ausgangslage basiert unser Antrag. Worum geht es? Die SVP und auch die ganze bürgerliche Seite haben in den vergangenen Jahren verschiedene Vorstösse eingereicht, und es wurden entsprechende Motionen überwiesen. Diese gingen immer in dieselbe Richtung, nämlich: Wir sind grundsätzlich der Meinung – und in der FiKo ist das grundsätzlich anerkannt –, dass der Kanton Bern zwei Hauptprobleme aufweist und die linke und die bürgerliche Seite sollten hier eine gemeinsame Lösung finden. Einerseits – und auch das ging aus verschiedenen Berichten hervor – hinken wir bei den Löhnen hinterher. Das führte dazu, dass die SVP die Entwicklung der Löhne nicht angegriffen hat. Wir haben also akzeptiert, dass die Lohnmassnahmen eins zu eins vorgeführt werden. Bei den Sparanträgen – wir wissen, sie waren jeweils schmerzhaft – hätten wir auch sagen können, es sei klar, wir müssten jetzt im Behindertenbereich oder im Altersbereich sparen, weil das Kantonspersonal nicht bereit ist, auch nur ein bisschen von den Lohnanstiegen abzusehen. Wir haben aber bewusst darauf verzichtet, weil dort tatsächlich ein Defizit besteht und wir bereit sind, nachzugeben. Der Betrag ist sowohl im Budget als auch im AFP enthalten. Andererseits besteht ebenfalls bei den Steuern ein ganz klarer Rückstand. Dies nicht nur bei den Unternehmen, sondern auch bei den natürlichen Personen. Das war der Punkt, weshalb wir uns immer wieder für weitere Entlastungspakete ausgesprochen hatten, nämlich um den Lohnanstieg garantieren und um irgendwann einmal ein Zeichen setzen zu können, um auch Steuererleichterungen für die natürlichen Personen in diesem Kanton zu erreichen.

Bei den Steuern kommt es immer sofort zu einer Vermischung mit den Gemeinden. Deshalb suchten wir nach neuen Lösungen. Der Anfang machte die Motion von Adrian Haas. Bei dieser ging es darum, die Hausaufgaben des Kantons selber zu machen, also eine Korrektur bei der Steuerveranlagung vorzunehmen. Dies wäre hier der Ansatz. Wir haben das Ganze mitgetragen, wir haben eine Steuererleichterung für die Unternehmen beschlossen, und jetzt sollte man noch eine Steuererleichterung bei den natürlichen Personen beschliessen.

Man kann sagen, wir hätten das gemacht, um den Lohnanstieg beim Personal weiter garantieren können. Wir waren immer der Meinung, dass es besser ist, ein bisschen weniger Personal zu haben und dieses dafür besser zu entlohnen. Das ist die Grundlage unseres Antrags. Wir bleiben bei der Steuerveranlagungskorrektur in der Höhe von 3,04. Das geht mit dem Budget auf. Und der grosse Vorteil ist, dass die Gemeinden nicht betroffen sind. Betroffen sind die natürlichen Personen. Es ist klar, das ergibt keine Riesensumme, aber uns geht es um ein klares Zeichen an die Regierung, dass wir jetzt bei den natürlichen Personen anfangen wollen. Sicher handelt es sich um einen Tropfen auf den heissen Stein. Dessen sind wir uns bewusst, aber es geht darum, dieses Zeichen jetzt zu setzen, damit die Regierung weiss, dass es dem Rat ernst ist: Er will die Steuern für die natürlichen Personen in diesem Kanton wirklich jetzt angehen, damit schlussendlich alle etwas von diesen Erleichterungen haben. Ich bitte Sie im Namen der SVP, die Steueranlagesenkung in der Höhe von 3,04 zu unterstützen und damit ein Zeichen zu setzen für die natürlichen Personen, für die kleinen und auch die grösseren KMU. Denn von dieser Senkung profitieren alle.

Präsidentin. Ich möchte noch eine kleine Verfahrensänderung bekannt geben: Wir haben im Vorfeld diskutiert, ob es sinnvoll wäre, die Senkung der Steueranlage herauszubrechen und sie in einem eigenen Durchgang zu behandeln. Aber heute Morgen sind wir zum Schluss gekommen, es sei besser, alles zusammen zu beraten. Wir haben uns nun anders entschieden und würden nun gerne 12.a als eigenen Themenblock bearbeiten. Wir haben jetzt den Antragsteller dazu gehört. Gleich kommt der Kommissionspräsident zu Wort, und dann folgen die Fraktionssprecher zu diesem Themenblock. Anschliessend folgen die Themenblöcke 12, 13 und 14.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. Ich äussere mich zuerst zum Antrag SVP/Wyss. Nach der Abstimmung darüber werde ich Ihnen noch die definitiven Zahlen im Zusammenhang mit der Schlussabstimmung aufzeigen. Konkret bedeutet der Antrag auf 0,02 Steueranlagezehntel bei der Erfolgsrechnung eine Schlechterstellung in der Höhe von 28 Mio. Franken. Im Jahr 2018 hätten wir also in der Erfolgsrechnung ein Plus von 80,3 Mio. Franken. Der Finanzierungssaldo für das Jahr 2018 wäre immer noch positiv, und zwar läge er bei 7,1 Mio. Franken. Jetzt kommt aber der Einwand, weshalb auch die FiKo diesen Antrag mehrheitlich, mit 8 zu 9 Stimmen,

ablehnt. In den Folgejahren 2019 und fortfolgende würde der Finanzierungssaldo deutlich tiefer ausfallen, und ohne Korrekturmassnahmen wäre er nicht konform mit der Schuldenbremse. Er würde also mit den Bestimmungen der Verfassung des Kantons Bern (KV) kollidieren. Das ist der Grund, weshalb die Mehrheit der FiKo diesen Antrag ablehnt. Die Auswirkungen auf die Jahre 2019 und fortfolgende wären stärker. Für das Jahr 2018 wäre der Voranschlag auch mit dem Antrag der SVP verfassungskonform. Wir würden also keine Instrumente verletzen, aber für die Jahre 2019 und folgende würde der Finanzierungssaldo stärker absinken. Ich werde mich nachher vor der Schlussabstimmung noch einmal melden.

Präsidentin. Damit ist das Wort frei für die Fraktionen zum Themenblock 12.a. Zuerst hat Grossrätin Stucki für die SP-JUSO-PSA-Fraktion das Wort.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird, was Sie kaum erstaunen wird, die Senkung der Steueranlage ablehnen, auch wenn im Jahr 2018 die Schuldenbremse eingehalten werden könnte. Dies einerseits wegen den Folgen, die Daniel Bichsel vorhin angesprochen hat, also den im Moment noch bestehenden Gefahren. Andererseits aber auch, weil wir überzeugt sind, dass diese Steuersenkung, so schön diese auch wäre und so sehr wir uns diese für die natürlichen Personen wünschen, im Portemonnaie der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kaum bemerkbar wäre.

Ich möchte noch etwas zum Personal sagen: Herr Wyss hat vorhin gesagt, das Kantonspersonal sei nicht bereit, auf Lohnerhöhungen zu verzichten. Das ist einmal mehr eine zynische Behauptung, wenn man weiss, dass das Personal während Jahrzehnten, bevor man diese Erhöhungsschritte beschlossen hatte, vor der Revision des Gesetzes über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG), auf Lohnanstiege verzichten musste – und zwar zugunsten von Schuldenabbau und Steuersenkungen. Es ist auch zynisch angesichts der 65,5 Vollzeitstellen, die das Sparpaket, das wir jetzt besprochen haben, bei den Lehrpersonen kosten wird sowie den 51,5 Vollzeitstellen beim Kantonspersonal. Eine spürbare Senkung der Steuern bei den natürlichen Personen hätte massive Einnahmeeinbussen zur Folge. Frau Regierungsrätin Simon wird das dann sicher noch ausführen. Bisher habe ich von ihr immer folgende Zahl gehört: Die Folge wären Einbussen bei den Steuereinnahmen in der Höhe von 600 Mio. Franken, was sich der Kanton schlicht nicht leisten kann.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Wir haben jetzt fast 40 Stunden lang diskutiert und mehr als 150 Sparvorschläge und Sparmassnahmen beschlossen. Es kam kaum eine Gruppe ungeschoren davon – Kranke, Behinderte, alte Leute, Invalide, Schüler, Studenten, Mütter und Väter, Kinder und Asylanten. Sie alle bekommen die Sparmassnahmen zu spüren. Wir haben um jeden Betrag gefeilscht. Jetzt zum Schluss dieser harten und einschneidenden Spardebatte eine Steuersenkung zu verlangen und ein paar Millionen unter dem Volk zu verteilen, ist aus unserer Sicht nicht seriös. Es ist nicht angebracht, jetzt noch zusätzlich zu diesen Diskussionen eine Steuersenkung vorzunehmen. Das wäre ungerecht, despektierlich, arrogant und ein Schlag ins Gesicht all jener, die in den kommenden Jahren den Gürtel enger schnallen müssen. Angesichts der Zahlen wäre die Konsequenz, dass wir im nächsten Jahr die Steueranlage wieder anheben müssten. Das wäre ein neuer Ansatz, in jedem Jahr die Steueranlage nach dem Finanzierungssaldo festzulegen. Aber das müssten wir längerfristig diskutieren und nicht einfach so aus dem hohlen Bauch vorschlagen. Das ist unseriös. Bereits im Rahmen der Revision des Steuergesetzes (StG) haben wir signalisiert, dass wir bei der Steuersenkung mithelfen. Das aber nur, wenn wir eine gut ausgewogene und gut überlegte Gegenfinanzierung haben. Entsprechende Vorschläge werden wir demnächst präsentieren. Bei einem solch populistischen Wahl-Gag, wie ihn die SVP hier lancieren will, machen wir nicht mit. Die BDP-Fraktion lehnt den Antrag SVP/Wyss entschieden und mit Überzeugung ab.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Zum Schluss gibt es jetzt mit der Senkung der Steueranlage noch einen oben drauf auf die ganze Debatte und die ganze Giesskannenmanier. Jetzt soll es zum Abschluss noch rasch für alle ein Wahlzuckerchen gegeben werden. Die Senkung der Steueranlage betrifft nicht nur, wie angetönt, die natürlichen Personen. Am Schluss des Votums wurde gesagt, die Senkung sei für alle Steuern vorzunehmen, es sind wirklich alle Steuerarten davon betroffen. In diesem Sinn handelt es sich wirklich um eine Giesskanne mit einem Wahlzuckerchen für alle. Die einzigen, die von diesem Antrag verschont bleiben, sind wiederum die Gemeinden. Ich bin versucht zu sagen: Merkst du etwas? Mit dieser Massnahme wird zudem das geforderte Sparpaket um weitere 30 Mio. Franken erhöht. Daraus ergibt sich nicht nur eine Wirkung auf das kommende Jahr,

sondern auf die Finanzplanjahre. Also müssen wir das geforderte Sparpaket um 30 Mio. Franken erhöhen. Wenn Sie den Regierungsräten und auch Regierungsrat Pulver gut zugehört haben, haben Sie gemerkt, dass alle weiteren Massnahmen, die jetzt noch auf den Tisch kommen, dort schmerzen werden, wo Sie das selber nicht wollen. Es wäre absolut der falsche Weg, diese Steuer-senkung so zu beschliessen. Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag abzulehnen und so vorzugehen, wie wir es vorgesehen haben, ohne weitere Giesskannenausschüttungen und Wahlzuckerchen in Form einer Senkung der Steueranlage.

Adrian Haas, Bern (FDP). Bei diesem Antrag sprechen wir über ein kleines Zeichen vor allem gegenüber den natürlichen Personen, aber nicht nur. Rund 80 Prozent der Steuereinnahmen stammen von den natürlichen Personen, aber eingeschlossen sind natürlich noch die kleinen Einzelunternehmen; auch sie werden profitieren. Es wird hier nicht sehr viel verlangt, es handelt sich um den Fünftel eines Steuerzehntels. Es geht also schon fast um den Streubereich der Budgetgenauigkeit. Die Steuerbelastung befindet sich bei den natürlichen Personen über dem schweizerischen Mittel. Aus diesem Grund waren wir immer schon der Meinung, dass wir irgendetwas geben müssen, sei es auch nur in Form eines kleinen Zeichens. Trotzdem nehmen die Steuereinnahmen zu, das werden Sie sehen. Dies auch im nächsten Jahr, denn wir weisen ein Bevölkerungswachstum auf. Auch zeichnet sich in der Wirtschaft ein Lohnsummenwachstum in der Höhe von durchschnittlich 1 Prozent ab. Schon das allein führt zu mehr Steuereinnahmen, die wahrscheinlich mehr ausmachen als diese 28 Mio. Franken, von denen wir heute sprechen. Im Übrigen besteht dann in Zukunft im Rahmen der weiteren Budgets immer die Flexibilität, die Anlage anzupassen. Das bedeutet nicht, dass man das immer machen muss. Aber so wird es in den Gemeinden zum Teil auch praktiziert. Auch das wäre eine Möglichkeit für den Kanton. Dieses kleine Zeichen an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollte im Rahmen des Budgets 2018 wirklich gesetzt werden.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Wir kommen nun zur Stunde der Wahrheit, was die Steuern der natürlichen Personen anbelangt, und wir wollen jetzt schauen, wer das kleine Zeichen, das ganz, ganz kleine Zeichen zu setzen bereit ist und wer nicht. Ich spreche hier vor allem diejenigen Parteien an, die in der letzten Zeit immer auch wieder in Medienmitteilungen gesagt haben, sie seien auch für die Senkung der Steuern bei den natürlichen Personen. Die BDP, die glp und teilweise auch die EVP: Sie alle sagen immer wieder, man müsse selbstverständlich bei den natürlichen Personen auch etwas unternehmen. Hier geht es wirklich um ein ganz kleines Zeichen. Wenn man dieses nicht setzen kann, sollten Sie das fairerweise künftig auch gegenüber den Wählern so kommunizieren und sagen, Sie seien nicht bereit, für die natürlichen Personen auch nur irgendetwas zu tun, sei es auch nur ein ganz kleiner Schritt. Die Steueranlage kann, wie bereits erwähnt worden ist, in jedem Jahr neu festgesetzt werden. Es wäre natürlich ein gutes Zeichen auch gegenüber der Regierung, wenn beim nächsten Zahlenwerk im nächsten Jahr mehr vorgelegt würde als hier. Wir haben jetzt in der Debatte gesehen, dass einiges möglich ist.

Zum Schluss noch einmal zum Personal: Fritz Wyss hat es bereits gesagt: Wir haben darauf verzichtet, diesbezüglich irgendwelche Anträge zu stellen. Und wenn gesagt wird, der Anstieg sei ganz normal und selbstverständlich, muss ich einfach sagen, dass dies nicht selbstverständlich ist. In anderen Kantonen, die ebenfalls finanziell nicht gut dastehen, gibt es beim Personal zum Teil sogar Nullrunden. Davon sind wir deutlich entfernt. Ich bitte Sie deshalb, nach dieser ausgiebigen Debatte, während der wir intensiv gekämpft haben, jetzt auch noch gegenüber den natürlichen Personen ein Zeichen zu setzen, wenn auch nur ein kleines. Ich erinnere Sie noch einmal daran: Im interkantonalen Vergleich befinden wir uns innerhalb den hintersten Positionen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich kann mein Votum sehr kurz halten und mich weitestgehend dem Votum von Kollega Etter von der BDP anschliessen. Dass die Grünen dieses Votum unterstützen können, zeigt, dass man ebensolche Vorschläge nicht unterstützen kann, wenn es gilt, Verantwortung zu übernehmen. Kollega Etter hat gesagt, es sei arrogant und unseriös, ich selber habe mir aufgeschrieben, es sei zynisch und verantwortungslos. Es sind andere Adjektive, aber sie kommen in der Beurteilung zum selben Schluss. Das populistische Wahlzuckerchen oder der Wahl-Gag – man kann es auch Sprühregen nennen – ist sicher nicht das, was den Kanton Bern weiterbringen wird. Wenn man den Antrag der SVP, diese 28 Mio. Franken, umrechnet, ergibt sich daraus für die Steuerrechnung des Einzelnen eine Reduktion von rund 35 Franken. Der Kanton Bern verfügt über rund 800 000 Steuerzahlende, also juristische und natürliche Personen. Bei den Unternehmungen ist dieser Frankenbetrag nicht entscheidend. Auch bei den natürlichen Personen wird wahrscheinlich

die geringere Prämienverbilligung ab 1. Januar 2018 mehr zu Buche schlagen, zumindest in denjenigen Haushalten, wo das Budget knapp ist. Die grüne Fraktion kann diesem Antrag nicht zustimmen. Ich hab es vorhin gesagt: der Antrag ist verantwortungslos. Verantwortungslos ist er deshalb, weil er genau das tun will, was wir jetzt hier von der SVP hören. Herr Wyss sagt ja, wir müssten einfach noch mehr sparen. Also soll hier ein neues Sparpaket zusammengeschustert werden. Zum Schluss noch zwei Aspekte. Der erste betrifft die Planungssicherheit. Der Antrag wurde für die Steueranlage des Jahrs 2018 gestellt. Für das Jahr 2019 und dann auch für das Jahr 2020 würde dann wieder ein neuer Antrag für die Steueranlage gestellt. Es ist nicht seriös, Steueranlagen regelmässig zu ändern. Hier braucht es eine gewisse Sicherheit, und die Leute müssen sich darauf einstellen können. Eine solche Hott- und Hüstopolitik bringt nichts. Zweitens: Die SVP, aber auch die FDP, die den Antrag anscheinend unterstützt, haben gesagt, es handle sich dabei um ein kleines Zeichen. Wir sind aber hier nicht aufgefordert, Zeichenpolitik zu betreiben, vielmehr heisst Politik, Verantwortung zu übernehmen und richtige Entscheidung zu fällen. Deshalb lehnen die Grünen diesen Antrag ab.

Michael Köpfli, Bern (glp). Wir bleiben grundsätzlich unserer Steuerstrategie treu, so wie wir sie bereits letzte Woche diskutiert haben. Im Kanton Bern braucht es Steuersenkungen, aber die Priorität liegt im Moment ganz klar bei den Unternehmungen. Dies auch im Kontext der Steuerreform 2017. Morgen läuft die Vernehmlassungsfrist ab, und es wird sich zeigen, dass der Druck auf unsere kantonalen Gewinnsteuern deutlich anwachsen wird, um wettbewerbsfähig zu bleiben. In der vergangenen Woche haben wir eine Motion von Franziska Schöni-Affolter überwiesen, die mittelfristig eine Steuersenkung für natürliche Personen verlangt. Sie sagt aber klar, dass wir das selber finanzieren müssen. Das heisst, dass wir entweder zuerst die Gegenfinanzierung beschliessen oder aber eine Verzichtsplanung vornehmen müssen. Diese machen wir nicht auf Kosten einer Neuverschuldung zulasten der kommenden Generationen. Jeder kann die Grafik selber konsultieren. Dort wird deutlich, dass es für das Jahr 2018 noch knapp aufgehen würde. Doch bereits ab 2019 würde der Antrag der SVP zu einer deutlichen Neuverschuldung führen, und das ist keine nachhaltige Steuersenkung, so wie sie uns vorschwebt.

Noch zu Kollege Blank: Grundsätzlich freut es uns, dass entweder ich oder zumindest meine Partei beinahe in jedem Ihrer Voten angesprochen wird. Sie merken offenbar, dass Sie die Mitte im Boot haben müssen, wenn Sie eine Mehrheit für Ihr grosses Ziel der Steuersenkung erreichen wollen. Doch braucht es aber einfach zwei Dinge: Das eine ist die Gegenfinanzierung, das andere ist folgender Punkt – und dies nochmals an den Sprecher der SVP: Vielleicht müsste man auf der anderen Seite auch einmal die heiligen Gärten Ihrer Partei anschauen. Ich nenne einmal die drei K: die kleinen Gemeinden, die Kühe und die Kirche. Vielleicht müsste man dort auch einmal sparen. Dann könnten wir uns eine solche Steuersenkung vielleicht tatsächlich finanzieren.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil/Schwarzenbach (EDU). Die EDU ist für eine Steuersenkung. Das Argument, es sei zu wenig und es sei nicht spürbar, zählt nicht. Denn wenn es mehr wäre, würde man sagen, sei zu viel und man könne sich das nicht leisten. Die Mehrheit ist für eine Steuersenkung, das haben wir mit der Annahme der Motion Schöni bekannt gegeben. Beim Sparpaket handelt es sich eher um eine Optimierung und es ging weniger um Dinge, die wirklich schmerzten. Es ist noch mehr Optimierungspotenzial vorhanden. Deshalb sind wir für eine Steuersenkung. Die Steuereinnahmen nehmen ohnehin immer zu, deshalb stimmt die EDU diesem kleinen Zeichen zu. Es ist gesagt worden, das sei jetzt nicht möglich. Aber wenn nicht jetzt, wann dann? Wohl im «Rüebliherbst» oder dann eben am Sankt-Nimmerleins-Tag.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Es ist gesagt worden, es handle sich um ein kleines Zeichen. Damit es alle hören, möchte ich hier noch einmal sagen, wie klein dieses Zeichen wirklich ist: Bei einer vierköpfigen Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 130 000 Franken – und das ist nicht wenig – resultiert eine Einsparung 50 Franken pro Jahr, also rund 4 Franken pro Monat. Das ermöglicht vielleicht dem Paterfamilias, einmal im Monat einen Kaffee trinken zu gehen. Mit diesem Antrag wird die «Stunde der Symbolpolitik» eingeläutet. Demgegenüber stehen 28 Mio. Franken zusätzliche Einsparungen, die wir finden müssen. Angesichts des Sparprogramms, das wir soeben diskutiert haben, kann man nur annehmen, dass das nächste Sparrunde noch härter wird, als jene, die wir soeben mehr oder weniger beschädigt überstanden haben. Aus diesem Grund bin ich klar gegen eine solche Symbolpolitik.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich lege meine Interessenbindung offen, ein bisschen inspiriert von der Offenlegung der Interessenbindungen meiner Kollegin Moussia de Wattenwyl von gestern: Ich bin eine natürliche Person, und ich spreche auch als Angehöriger des Mittelstands. Zudem spreche ich noch als Teil der grossen Mehrheit der Berner Bevölkerung, die in diesem Kanton gerne zu Hause ist und sich nicht einen Wechsel in einen anderen Kanton überlegt, weil die Steuern dort vielleicht ein bisschen tiefer sind. Ich möchte Ihnen erzählen, was mir beim Ausfüllen der Steuererklärung passiert ist: Als ich auf dem Tool des Kantons Bern Taxme fertig war, habe ich die dieselben Daten, die ich für die Steuern, die ich demnächst bezahlen muss, in den Steuerrechner eingefüllt und war überrascht: Mit denselben Daten, aufgrund derer ich heute die Steuern bezahlen muss, hätte ich vor zehn Jahren nicht mehr Steuern bezahlen müssen, sondern im Gegenteil: Ohne an den Rahmenbedingungen etwas zu ändern, ist die Steuerrechnung mit den heutigen Daten tiefer, als dies vor sieben, acht oder neun Jahren der Fall war. Dies dank verschiedener StG-Revisionen, die der Grosse Rat vorgenommen hat. Es ist also so, dass die Steuern gesenkt wurden. Das sollte auch einmal klar gesagt werden. Die Gegenleistung, die der Kanton und die Gemeinden dafür bieten, ist immer noch gut. Ich spreche von Bildung, Infrastruktur und Dienstleistungen. Auch das sollten wir den Wählerinnen und Wählern gelegentlich sagen, auch das gehört zur Stunde der Wahrheit, von der vorhin die Rede war.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Ich wiederhole nicht, was Luc Mentha vorhin gesagt hat. Der Betrag reicht nicht einmal für einen Kaffee pro Woche, geschweige denn für einen Kaffee-Schnaps. Ich gehöre zu denjenigen, die sehr gerne mithelfen würden, bei den natürlichen Personen die Steuern zu senken. Aber doch bitte dann eine richtige, echte Steuersenkung! Ich langweile Sie sicher mit dieser Aussage, denn ich habe sie bereits ein paarmal gemacht. Man könnte die Steuersenkung gegenfinanzieren; ich habe einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Weshalb nehmen wir die Steuermilliarde nicht ein, die uns jährlich entgeht? Vergangene Woche wurde gesagt, die Paradise Papers seien nicht illegal. Ob jetzt legal oder illegal: Es ist Ehrensache, ob man die Steuern dort bezahlt, wo man wohnt. Es geht auch nicht nur um das, es geht auch um andere Personen und Firmen, die Steuern hinterziehen. Ich glaube, die Finanzdirektorin hat uns diesmal Recht gegeben. Nehmen wir jetzt doch «Gopferdelli» diejenigen Steuern ein, auf die wir ein Recht haben, sodass man eine echte Steuererleichterung für alle umsetzen kann. Bitte, liebe Bürgerliche, helfen Sie uns doch einmal in den kommenden Jahren, einen Vorstoss einzureichen, der das verlangt. Das könnten wir wirklich gemeinsam machen.

Thomas Rufener, Langenthal (SVP). Ein kleiner Erfahrungsbericht: Die Stadt Langenthal hat vor rund sieben Jahren die Steuern gesenkt. Ich weiss, man konnte einen anderen Schritt machen als denjenigen, den wir jetzt diskutieren. Aber ich möchte Ihnen die Erfahrungen aufzeigen und dem entgegentreten, was über Steuerhinterziehungen und so weiter gesagt worden ist. Der Stadtpräsident kann es dann dementieren, wenn es nicht stimmt. Die Stadt Langenthal hat heute bei einer fast flachen Teuerung mehr absoluten Steuerertrag zu verbuchen als vor sechs Jahren. Heute liegt die Steueranlage bei 1,38, vor sechs Jahren lag sie bei 1,62. Ich möchte damit sagen, dass wir einmal damit anfangen müssen. Damals war es für die Stadt Langenthal nicht selbsterklärend, die Steuern zu senken. Dies wurde bekämpft; selbstverständlich hatten wir andere Voraussetzungen geschaffen. Aber wann wird der Kanton Bern endlich einmal so weit kommen? Denn das nächste Sparpaket – Natalie Imboden hat es gesagt – wird bereits geschnürt. Und weshalb ist es immer wieder zu schnüren? – Weil die Ausgaben ausufern. Wir haben bekanntlich kein Einnahmenproblem. Wir mussten noch nie ein Sparpaket schnüren, weil im Kanton Bern die Steuererträge eingebrochen sind, sondern weil die Ausgaben ausufern. Ich bin absolut ein Verfechter davon, das nicht mit der buchhalterischen Elle zu messen, sondern dass man ein Zeichen setzt. Irgendeinmal muss man damit beginnen. Dies sind die Gründe für den Antrag der SVP.

Reto Müller, Langenthal (SP). Ich werde meinem Vorgänger, dem Stadtpräsidenten ausser Dienst, Thomas Rufener, an dieser Stelle natürlich nicht widersprechen. Als amtierender Stadtpräsident von Langenthal kann ich sagen, dass stimmt, was er sagt. Wir nehmen heute mehr Geld ein als damals, als wir eine höhere Steueranlage hatten. Wahrscheinlich ist das dem Wachstum zu verdanken. Aber es gibt nicht nur auf der Einnahmeseite ein Wachstum, auch auf der anderen Seite haben sich die Beträge entwickelt. Das war von Anfang an so. Als wir auf 1,38 hinuntergingen, ergab sich daraus eine strukturelle Lücke. Ich spreche nicht gerne von diesem strukturellen Defizit, aber heute besteht eine Lücke, die nicht gedeckt ist. Hier kann man jetzt die Frage stellen, ob sie ausgabenseitig

oder einnahmenseitig geschlossen werden soll. Der Gemeinderat von Langenthal beabsichtigt, diese Lücke über längere Zeit zu schliessen, weil man sich das leisten kann. Die Stadt Langenthal schreibt pro Jahr ungefähr ein Defizit in der Höhe von 2,5 Mio. Franken. Übertragen auf den Kanton würde in diesem Bereich nicht minus 10 stehen, sondern minus 250. Deshalb komme ich für den Kanton zum Schluss, dass wir uns eine Senkung für natürliche Personen nicht leisten können, leider.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich habe jetzt etwa 27-mal gehört, es solle ein Zeichen gesetzt werden. Ich kann es nicht mehr hören! Wir sind nicht dafür da, um Zeichen zu setzen. Wir sind hier, um verantwortungsvolle Politik zu machen. Wir haben jetzt tagelang versucht, das sogenannte Ausgabenwachstum, das vorhin wieder erwähnt worden ist, ein bisschen in den Griff zu bekommen. Thomas Rufener nickt. Wir alle sind dazu eingeladen, hier Vorschläge zu unterbreiten. Wenn wir nicht bereit sind hinzuschauen, weshalb die Ausgaben wachsen, sind wir eingeladen dazu, hier Vorschläge zu unterbreiten, wie man das bremsen kann. Wir haben es jetzt tagelang erlebt, wie schwierig es ist, hier 200 000 Franken, dort 2,5 Mio. Franken, hier ein bisschen etwas und dort ein bisschen etwas einzusparen. Es ist wahnsinnig schwierig. Es kann nicht darum gehen, am Schluss beim Voranschlag ein Zeichen zu setzen, das fast niemandem irgendetwas bringt, aber wiederum tagelange Diskussionen nach sich zieht, wenn wir das Geld dann wieder irgendwo einsparen müssen. Ich bitte Sie aufzuhören mit dem Zeichensetzen und ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Lieber Thomas Rufener, ein Erfahrungsbericht: Als Gemeindepräsident von Uetendorf war ich während der zwölf Jahre, als ich dieses Amt innehatte, dafür mitverantwortlich, dass wir dreimal die Steuern senken konnten. Zuerst bekamen wir die Ausgaben in Griff, dann senkten wir die Steuern. Und dann, was ist passiert? Wir haben heute unter anderem aus folgendem Grund weniger Steuereinnahmen: Das hat nichts damit zu tun, dass keine Leute oder keine Firmen hergezogen sind. Nein, der allerbeste Steuerzahler zog in die Nachbargemeinde, deren Steuerfuss zwar wesentlich höher ist, aber seine Partnerin wohnt dort. Da kann man nichts machen. Das hat sehr viel mit Zufall zu tun. Ich gebe nichts auf solche Erfahrungsberichte. Entweder es funktioniert, oder es funktioniert nicht. Ich habe als SPler damals dreimal die Steuern gesenkt. Mein Nachfolger von der SVP musste sie nun wieder erhöhen, weil eben dieser sehr gute Steuerzahler weggezogen ist.

Madeleine Amstutz, Schwanden-Sigriswil (SVP). Das ist wirklich ein wichtiges Thema, und wir haben bereits mehrmals darüber diskutiert. Jetzt haben wir die Möglichkeit, eine kleine Steuererleichterung einzugehen, und ich bitte Sie, dem Antrag der SVP zuzustimmen.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Wir debattieren seit Montag letzter Woche hier im Saal, und es geht immer um die Finanzen. Die Diskussion war jeweils sehr intensiv und mit entsprechenden Reaktionen verbunden, wenn Massnahmen beschlossen wurden, die schmerzten. Bitte entschuldigen Sie mich, wenn ich jetzt Folgendes sage, aber ich muss es einfach sagen: Der Antrag, über den wir jetzt diskutieren, ist für die Galerie. Er bringt den Kanton Bern echt nicht weiter. Wenn Sie einen Blick auf das virtuelle Zahlenwerk werfen – ich glaube, es ist eingeblendet, ja, das ist der Fall –, dann sehen Sie, dass wir den Haushalt einigermaßen im Griff haben. Aber der Finanzierungssaldo ab 2019 befindet sich bereits im Minus, ohne die Korrektur dieser Steueranlage.

Eine Mehrheit von Ihnen hat eine Planungserklärung unterstützt, die verlangt, dass der Regierungsrat jetzt mit Massnahmen – mit Sparmassnahmen – dafür sorgt, dass der Finanzierungssaldo wieder positiv wird. Das wird eine Herausforderung, das habe ich bereits mehrmals gesagt, denn es wird uns nicht immer wieder etwas Neues einfallen. Und die Massnahmen, die zwingend umgesetzt werden müssen, um den Haushalt ausgeglichen halten zu können, liegen auf dem Tisch. Einige haben Sie bereits zurückgewiesen, andere befinden sich im Bericht zum EP. Dabei handelt es sich um Massnahmen, die der Regierungsrat, um Steuersenkungen vorzunehmen, ergreifen müsste, bei denen er aber das Gefühl hat, dass sie zu weit gehen. Es wird also eine Herausforderung, denn das Zahlenwerk würde jetzt noch um 28 Mio. Franken verschlechtert, sodass wir uns dann nicht nur beim Finanzierungssaldo im Minus befänden, sondern auch mit der Erfolgsrechnung.

Sicher wird sich die Welt noch drehen, und sicher werden die Steuerertragsprognosen wieder korrigiert. Aber das ist nur ein Teil der ganzen Wahrheit. In den vergangenen Jahren war es so, dass dann, wenn die Steuern wieder stiegen, die Ausgaben in Bereichen, wo wir keinen Einfluss hatten,

auch exorbitant angestiegen. Ich spreche von den Gesundheitskosten und von den Ergänzungsleistungen. Diese Beträge werden die Steuerertragsprognose, die durchaus positiv sein wird, bei weitem schlucken. Zumindest war es in der Vergangenheit so. Deshalb kann man nicht einfach so daherkommen und sagen, die Zahlen seien dann ohnehin immer ein bisschen besser. Wir werden gleich wieder mit den Planungsarbeiten für das Budget 2019 und für den AFP der folgenden Jahre starten. Dann werden wir wieder hören, wo es überall Verschlechterungen gegeben hat, und solche hat es in den vergangenen fast acht Jahren, während denen ich Finanzdirektorin bin, immer gegeben.

Zudem: Was macht der Rabatt, über den wir jetzt diskutieren, für die Einzelnen aus? Es ist bereits gesagt worden: Bei einem Ehepaar mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 130 000 Franken macht das jährlich eine Fünfigernote aus. Bei Alleinstehenden ohne Kinder und einem Bruttoeinkommen von 70 000 Franken macht es genau 33 Franken und 60 Rappen aus. Ich glaube, darin sind wir uns wirklich einig: Das ist ein kleiner Betrag für den Einzelnen, aber für den Kanton Bern macht es eben 28 Mio. Franken aus, und diese müssten wir wieder irgendwie einsparen.

Noch ein Wort zu Steuerstrategie: Im vergangenen Jahr haben wir hier im Saal eine Steuerstrategie für den Kanton Bern verabschiedet. Sie haben ihr grossmehrheitlich zugestimmt. Während dieser Session wurde diskutiert, ob für die juristischen Personen etwas gemacht werden soll. Jetzt hören Sie doch endlich damit auf, ständig hineinzufunken! (*Heiterkeit*) Das bringt doch den Kanton nicht weiter. Lassen Sie uns doch die Strategie jetzt so weiterverfolgen, wie sie verabschiedet worden ist und wie der Grosse Rat eigentlich das Gefühl hat, es sei der richtige Weg. «Pflasterlipolitik» bringt uns definitiv nicht weiter. Eine Anlagesenkung um 0,2 Anlageeinheiten ist eigentlich eine Symbol- und «Pflasterlipolitik», und sie schränkt den Handlungsspielraum für die nächste StG-Revision ein. Wir haben bereits mehrmals darüber diskutiert: Diese wird nötig sein, weil die Steuervorlage 17 (SV 17) zur Diskussion steht. Aber nicht nur diese wird uns in nächster Zeit beschäftigen, sondern es gibt auch Risiken in Zusammenhang mit dem Nationalen Finanzausgleich (NFA). Dort werden wir künftig massiv weniger Einnahmen haben, und das ist eine grosse Herausforderung. Deshalb nochmals: Seien Sie so gut, lehnen Sie bitte diese Steueranlagesenkung, so wie sie vorgeschlagen ist, ab und tun Sie das, was wir jetzt bereits x-mal hier drin diskutiert haben, nämlich die Umsetzung der Steuerstrategie, so wie es für den Kanton Bern sinnvoll ist.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Ich möchte noch auf ein paar Voten antworten und starte mit dem Votum der Regierungsrätin: Sie haben gesagt, der Antrag sei für die Galerie. Ich gehöre dem Rat jetzt seit acht Jahren an. Wenn jemand behaupten kann, ich sei durch Galeriepolitik aufgefallen, war er vermutlich während den vergangenen acht Jahren nicht oft hier im Ratssaal. Ich bin bisher sicher nicht durch Polemik aufgefallen. Steuersenkungen für natürliche Personen seien für die Galerie, haben Sie also gesagt. Dieser Meinung kann man tatsächlich sein.

Ruedi Löffel, wir tragen auch Verantwortung für unsere Steuerzahler, für die natürlichen Personen, nicht nur für diejenigen, die beim Kanton angestellt sind. Sicher auch für diese, aber eben für alle Leute in diesem Kanton. Auch die Kantonsangestellten sind, wie wir es auch von linker Seite gehört haben, Steuerzahler. Und alle sagen und gestehen ein, dass man endlich etwas tun sollte, einfach nicht heute, irgendwann einmal am Sankt-Nimmerleins-Tag oder wie man dies nennen will. Ich verweise Sie auf den Bericht der FiKo, Seite 12. Dort sieht man, wo das Problem unseres Kantons liegt. Dort sieht man es anhand der Zahlenentwicklungen. Es ist einfach so: Wir müssen, ob es uns passt oder nicht, das Ausgabenwachstum stoppen, nur schon stoppen wäre gut. Man kann immer sagen, dass die Sparmassnahmen, die wir jetzt haben vornehmen müssen, nur für die Steuersenkungen gewesen seien. Ich sage es noch einmal: Die meisten dieser Sparmassnahmen mussten wir machen, um die Zahlen im Lot zu behalten. Darum geht es.

Ich bitte Sie im Namen der Steuerzahler, der natürlichen Personen, der SVP, der Bürger dieses Kantons, dieses Zeichen jetzt einmal zu setzen, damit man sieht, dass es uns ernst ist, auch bei den natürlichen Personen in diesem Kanton etwas zu machen, auch wenn es wenig ist. Vielen Dank für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Es ist nicht so, dass Steuersenkungen für die natürlichen Personen generell für die Galerie sind. Ich möchte das präzisieren. Es geht um die beantragte Steuersenkung, die jetzt nach der Entlastungsdebatte, die so lange dauerte und so schmerzhaft war, verlangt wird. Darum geht es und nicht generell um Steuersenkungen für die natürlichen Personen. Das ist mir schon noch wichtig.

Präsidentin. Grossrat Löffel hat sich gemeldet. Fühlen Sie sich persönlich angegriffen? (*Heiterkeit*)

Eine zweite Runde machen wir also nicht, aber wenn Sie sich persönlich angegriffen fühlen, hören wir zu.

Ruedi Löffel- Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich fühle mich tatsächlich persönlich angegriffen, wenn man mir unterstellt, Verantwortung sei etwas anderes als das, was ich vorhin gesagt habe. Verantwortung zu übernehmen heisst, ein einigermaßen sicheres Staatswesen zur Verfügung zu stellen, in dem die Spitäler funktionieren, in dem man in die Schule gehen kann, in dem man mit dem Auto auf der Strasse herumfahren kann, und in dem der öffentliche Verkehr (ÖV) funktioniert. All das kostet. Und das heisst für mich, Verantwortung wahrzunehmen und nicht einfach immer den Blick nur auf die Steuern zu richten.

Präsidentin. Wir sind am Ende der Diskussion zum Themenblock 12.a angelangt. Wir stimmen über den Antrag SVP/Wyss ab. Wer dem Antrag zustimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (12.a Steueranlage VA 2018; Antrag SVP [Wyss, Wengi])

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 66

Nein 78

Enthalten 2

Präsidentin. Sie haben den Antrag mit 78 Nein-Stimmen und 66 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Themenblöcken 12, 13, 14.

12.b Schlussabstimmung VA 2018

Antrag JuKo

Der Voranschlag 2018 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft wird genehmigt.

Antrag FiKo

Der Voranschlag 2018 wird mit folgenden Eckdaten genehmigt:

- Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung von CHF 110,8 Millionen;
- Nettoinvestitionen von CHF 469,54 Millionen (inkl. Spezialfinanzierungen);
- Positiver Finanzierungssaldo von CHF 37,6 Millionen
- Steueranlage von 3,06;
- Rahmen der Neuverschuldung (Kreditlimite): CHF 600 Millionen;

Übertrag von CHF 1,7 Millionen aus der Laufenden Rechnung des Tiefbauamtes in den See- und Flusssuferfonds gemäss Art. 7 See- und Flusssufergesetz.

13 Schlussabstimmung AFP 2019–2021

Antrag JuKo

Der Aufgaben-/Finanzplan 2019–2021 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft wird genehmigt.

Antrag FiKo

Der Aufgaben-/Finanzplan 2019–2021 wird genehmigt.

14 Schlussabstimmung zum Bericht EP 2018

Antrag FiKo

Der Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 28. Juni 2017 zum Entlastungspaket 2018 (EP 2018) wird zur Kenntnis genommen.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. In den vergangenen wohl etwa 1815 Minuten oder gut 30 Stunden haben wir über mehr als 130 Anträge zu den 155 Massnahmen aus dem EP befunden. In diesem Zeitraum haben wir ausserdem auch das StG in der ersten Lesung beraten und ebenfalls zusätzliche Anträge behandelt. Zu den finanziellen Auswirkungen: In Bezug auf das letzte Planjahr, also das Jahr 2021, haben wir folgende Änderungen beschlossen: Wir haben eine Verschlechterung im Saldo der Erfolgsrechnung von 21,2 Mio. Franken oder eine Abweichung gegenüber dem regierungsrätlichen Vorschlag von rund 11,5 Prozent beschlossen. Damit wird zwar der Finanzierungssaldo negativ, aber das in einem Umfang, der bei einem 10-Milliarden-Konzern im Bereich der allgemeinen Unschärfe als vertretbar angeschaut werden darf. Viel wichtiger ist jedoch das Zahlenwerk, das sich konkret auf das nächste Jahr, nämlich auf den VA 2018 bezieht. Die Zahlen sehen Sie auf der Präsentation. Sie sehen ein verfassungskonformes Budget, in dem in der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss von 108,3 Mio. Franken sowie ein positiver Finanzierungssaldo von 35,1 Mio. Franken ausgewiesen wird.

Noch kurz eine Zusammenfassung aus Sicht der FiKo: Erstens konnte kaum eine Behörde, sei es der Regierungsrat, sei es die FiKo oder sonst irgendeine Gruppierung oder Interessensvertretung ihre Positionen hier im Ratsplenum vollumfänglich durchbringen. Somit sahen sich die Allermeisten mit den Realitäten des Politikalltags konfrontiert, wo sich sogar im Lauf einer Debatte neue Allianzen ergeben konnten. Dabei war es möglich, im Vorfeld vermeintlich klare Positionen bis zum Schluss zu ändern. Bäume wachsen bekanntlich nicht in den Himmel. Zweitens hat der Grosse Rat dem Regierungsrat bei seinen Vorhaben, bestehend aus der StG-Revision und dem EP 2018, im Wesentlichen den Rücken gestärkt und den eingeschlagenen Weg in der Steuer- und Finanzpolitik bestätigt. Drittens konnte dem Anliegen eines ausgeglichenen Finanzhaushalts weitgehend nachgelebt werden, indem ein Abrutschen in stark rote Zahlen vermieden werden konnte. Viertens beschlossen wir bei den Unternehmenssteuern in der ersten Lesung eine Entlastung, die sicherstellt, dass der Kanton Bern steuerlich einigermassen konkurrenzfähig bleibt.

Diese Haushaltsdebatte wird ihren definitiven, formellen Abschluss nicht heute, sondern erst in der neuen Legislaturperiode finden, nämlich in der Junisession. Dann werden wir über verschiedene Gesetzesanpassungen in einem sogenannten Mantelerlass zu befinden haben. Es geht dabei um Gesetzesanpassungen, die nötig sind, damit sich die einzelnen Sparmassnahmen umsetzen lassen. Zum Schluss dieser intensiven Beratungen bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich bei den Mitarbeitenden der FIN, namentlich bei Herrn Gerhard Engel, stellvertretender Generalsekretär, und bei Herrn Lukas Röthenmund, Leiter Abteilung Finanzplanung – beide sind heute wieder anwesend – für den jederzeit soliden fachlichen Support, und vor allem auch den Parlamentsdiensten für die tadellose Unterstützung bei der Gestaltung dieser grossen, langen und anspruchsvollen Debatte.

Ich komme zu den Anträgen hinsichtlich der letzten Abstimmungen: Namens der FiKo beantragen wir Ihnen mit einem Stimmenverhältnis von 10 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, den VA mit den Eckwerten, so wie Sie sie hier auf der Präsentation sehen, anzunehmen. Ebenso beantragen wir Ihnen den AFP zur Genehmigung, jedoch bei einem sehr knappen Stimmenverhältnis. Der Entscheid ist mit 4 zu 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen mit dem Stichentscheid des Präsidenten zustande gekommen. Wir beantragen den AFP zur Genehmigung. Den Bericht zum EP 2018 empfehlen wir Ihnen mit 14 zu 2 Stimmen zur Kenntnisnahme.

Präsidentin. Vielen Dank für diesen Überblick. Ich glaube, wir könnten einmal etwas machen, das wir noch nie gemacht haben. Ich möchte gerne das Votum des FiKo-Präsidenten mit einem Dank an alle verdoppeln. Zumeist applaudieren wir, wenn sich Leute auf der Tribüne befinden. Ich finde, wir könnten jetzt einmal für diejenigen applaudieren, die im Hintergrund arbeiten, für die Leute der FIN, die der Kommissionspräsidentin vorhin erwähnt hat, aber auch für alle Mitarbeitenden des Kantons, die uns immer wieder bei unseren Vorbereitungen der Beratungen unterstützen. *(Applaus)*

Damit kommen wir zu den Fraktionen. Es geht um die Themenblöcke 12, 13 und 14, also um die Schlussabstimmungen zum VA 18, zum AFP 2019–2021 und zum Bericht EP 2018. Welche Fraktionen möchten sich dazu äussern? Wir beginnen mit der BDP-Fraktion.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Wir befinden uns am Schluss einer langen, aufwendigen Debatte. Wenn die Schlussabstimmung entsprechend den Diskussionen ausfallen wird, werden wir einen genehmigten VA 2018 und einen AFP 2019–2021 haben. Wir haben in den letzten Tagen schätzungsweise rund 200 Abstimmungen durchgeführt. Bei den meisten Abstimmungen ging es darum, zwischen unserem sozialen Gewissen gegenüber schwächeren Mitmenschen und der wirtschaftlichen Verpflichtung des Kantons zu entscheiden. Wir haben alle auf die KV geschworen oder das

Gelübde abgelegt. Die KV verlangt sowohl den Schutz der Schwächeren als auch einen Respekt gegenüber dem Wohl des Kantons. Ich kann Ihnen versichern: Mir und vielen Kolleginnen und Kollegen sind die Abstimmungen nicht leicht gefallen. Alle von uns haben in der Verwandtschaft, in der Nachbarschaft oder im Bekanntenkreis Menschen mit Behinderungen. Auch ich war während 26 Jahren Vormund eines behinderten Mitmenschen. Solche Erfahrungen gehen nicht spurlos an uns vorbei, was die Entscheidungen nicht einfacher gemacht hat. Wir sind uns bewusst, dass wir in dieser Woche Tausende von Mitbürgerinnen und Mitbürger haben enttäuschen müssen. Nicht nur behinderte, kranke und alte Menschen und Jugendliche, sondern auch Betreuer, Pflegerinnen, Hilfspersonal, Heimleiter, Spitex-Pflegerinnen, Eltern und Familien mit behinderten Angehörigen und so weiter. Der Druck auf die unermüdlichen Helfenden wird noch grösser. Die Zeit für ein vertieftes Gespräch, für einen Spaziergang oder für einen Ausflug wird noch knapper. Wie Sie alle habe auch ich zahlreiche Briefe, E-Mails und Telefonanrufe bekommen. Zum Teil konnte ich für unsere Situation Verständnis wecken, was die positiven Rückmeldungen gezeigt haben.

Für die BDP muss jetzt ein Umdenken einsetzen. Ich habe das bereits in meinem Eintretensvotum gesagt. Beim nächsten Sparprogramm müssen auch wir Gesunde, Privilegierte – wir, die wir uns auf der Sonnenseite des Lebens befinden – unseren Beitrag leisten. Ich erwarte, dass wir einen Beitrag leisten, ohne dass wir gerade mit Unterschriftenbogen auf die Strasse gehen und Referenden starten. Das sind Zeichen der Solidarität, der Wertschätzung gegenüber Randgruppen, die sich nicht wehren können und die keine starke Lobby haben wie andere. Auch schwache Personen verdienen unseren Respekt, wir sind auch ihnen gegenüber verantwortlich, nicht nur unseren Wählerinnen und Wählern. Es geht um die Zukunft und um den Zusammenhalt in diesem Kanton.

Zum Schluss habe ich noch einen Wunsch an die Regierung: Falls es noch einmal ein Sparpaket geben muss, was ich befürchte, wäre es vielleicht möglich, dieses nicht immer unmittelbar vor den Wahlen anzusetzen? Nach den Wahlen gäbe es sicher bessere Lösungen und einen tragfähigeren Kompromiss. Die BDP-Fraktion stimmt diesem geänderten VA 2018 und dem AFP 2019–2021 in der vorliegenden Form zu. Auch unterstützt sie die Anträge der Mehrheit der FiKo. Ich bitte Sie, dies zu unterstützen.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Auch die EVP zieht ein Résumé aus der Debatte der vergangenen Tage. Es ist nicht möglich, eine Steuersenkung für gewinnstarke Unternehmen würdig gegenzufinanzieren. Für die hier abgegebenen Wahlversprechen für weitere Steuersenkungen ist das nächste Sparpaket in Sichtweite, was leider kein erfreuliches Weihnachtspaket ist.

Zum StG: Es ging dabei um eine Steuersenkung in zwei Etappen für juristische Personen im Umfang von 103 Mio. Franken im Hinblick auf eine weitere Senkung bei den natürlichen Personen. Im EP haben wir zwar gewisse Sparmassnahmen abgelehnt, wobei aber nicht in erster Linie die Schwächsten im Kanton Bern geschützt wurden, sondern eher Organisationen und Gemeinden. Die Forderung nach einem weiteren Sparpaket und weiteren Vorschlägen steht im Raum, verursacht durch all jene, die hier weitere Forderungen nach Steuersenkungen auf den Tisch gelegt haben. Dazu zähle ich auch die Partei meines Vorredners. Trotz mehrmaliger Betonung des Regierungsrats, dass es keine schmerzhaften Vorschläge mehr gebe, wird ein neues Sparpaket gefordert. Die EVP erwartet bei der Umsetzung der entsprechenden Planungserklärung kein neues Streichungskonzert im Sozial- und Bildungsbereich, sondern eine Entlastung vor allem in den Projekten mit Optimierungspotenzial, die auch von der Regierung erkannt wurden. Sie sind im Bericht zum EP im Kapitel 9.3 aufgeführt. Diese Projekte sollten sauber umgesetzt werden. Dazu gehört auch die Motion der EVP, die Verwaltungseffizienz fordert. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich vieles nicht kurzfristig realisieren lässt. So bleibt für uns ein ausgeglichener VA 2018. Diesem kann die EVP zustimmen.

Der Konzeption für die Finanzplanjahre kann die EVP jedoch nicht zustimmen. Die Beschlüsse über die Steuersenkungen führen zu einem negativen Finanzierungssaldo und können nicht würdig gegenfinanziert werden. Mit einer würdigen Finanzierung meine ich nicht eine weitere Abbaukaskade bei direkt betroffenen Menschen. Deshalb wird sich die EVP auch dafür einsetzen, dass die Kompensation über das StG weiterverfolgt wird. Die hier getroffenen Beschlüsse werden in die zweite Lesung des StG Eingang finden, und dort werden wir diese Thematik noch einmal aufnehmen müssen, nämlich die Frage, was überhaupt angesichts der aktuellen Ausgangslage bei Steuersenkungen möglich ist. Deshalb lehnt die EVP den Finanzplan für die Folgejahre ab. Den Bericht zum EP nimmt sie so zur Kenntnis.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Nach dieser mehrtägigen Monsterdebatte ist es auch für die grüne Fraktion Zeit, Bilanz zu ziehen. Gestartet sind wir in die Finanzdebatte, und hier schliesse ich

ausdrücklich die Steuersenkungsdebatte mit ein, den Tiefschlag, dass wir hier nicht gegenfinanzierte Steuersenkungen, ich betone: nicht gegenfinanzierte Steuersenkungen, vorgenommen haben. Die Grünen haben konkrete Vorschläge gemacht, wie Steuersenkungen gegenfinanziert werden können. Das bleibt für uns eine Forderung. Man kann nur Steuern senken, wenn dargelegt werden kann, wie sie sich die Senkung finanzieren lässt. Es ist hier zwar noch nicht das letzte Wort gesprochen, mein Vorredner hat es gesagt. Wir gehen noch in die zweite Lesung. Wir appellieren hier, noch einmal darauf zurück zu kommen. Wir haben stundenlang Hunderte von Anträgen zum EP diskutiert. Ja, wir haben einzelne Massnahmen herausgebrochen, wir haben uns über die Rettung der Gartenbauschule Hünibach gefreut sowie darüber, dass wir Mehrheiten finden konnten für Ausbildung statt Sozialhilfe, auch wenn es knapp wurde. Selbst wenn das erfreulich ist, ändert es nichts an der Gesamtbilanz.

Wir sehen auch, dass die Gemeindelobby in diesem Kanton und in diesem Grossen Rat äusserst erfolgreich ist und sich fast immer durchsetzen kann, wenn sie das will. Aber, wir haben einen knallharten Leistungsabbau betrieben: bei der Prävention, bei der Integration, im Altersbereich, bei der Spitex, in der Psychiatrie, in der Volksschule, bei der Universität. Die Aufzählung könnte hier beliebig weitergehen. Ich finde es interessant, wenn die BDP jetzt zur selben Analyse kommt, obwohl sie leider nicht anders gestimmt hat. Die eiskalte Entscheidung hier im Grossen Rat den Behinderten gegenüber, einfach mit einem Federstrich bei ihnen 9 Mio. Franken zu sparen, diese soziale Kälte schmerzt mich und die Grünen sehr, vor allem dann, wenn die Bilanz um 35 Mio. Franken im positiven Bereich liegt. Ohne Not hätten wir hier Korrekturen vornehmen können. Gleichzeitig haben wir aber die SVP, die die Landwirtschaft – mit gütiger Unterstützung der Wirtschaftspartei FDP – mit Subventionen für die Fleischwirtschaft mit Händen und Füssen verteidigt. Gleichzeitig zeigte man keine Kompromissbereitschaft hinsichtlich der Prämienverbilligungen, wo es auch um 120 000 Bernerinnen und Berner geht, die ab 01.01.2018 weniger Vergünstigungen mehr erhalten beziehungsweise mehr Gesundheitskosten tragen müssen.

Der BDP-Sprecher hat gesagt, die Kompromissbereitschaft wäre höher gewesen, wenn das Ganze nach den Wahlen stattgefunden hätte. Die Haltung der Grünen hängt nicht vom Zeitpunkt ab, also davon, ob die Diskussion vor oder nach den Wahlen stattfindet. Für unsere Politik ist es nicht entscheidend, ob es sich um ein Wahljahr handelt oder nicht. Hier sollten sich alle an die eigene Nase fassen. Unter dem Strich hat ein massiver Abbau öffentlicher Leistungen stattgefunden. Das ist für uns äusserst wichtig: Ein sozialer leistungsfähiger Kanton muss auch soziale Verantwortung wahrnehmen und darf nicht nur auf die Finanzen schauen. Die rote Linie ist erreicht, das haben wir auch von den Vertretern der Regierung gehört. Es lässt sich in diesem Kanton nicht noch mehr sparen, und wir haben es gemerkt: Sparen tut weh. Es wird immer Leute treffen, die auf das Geld angewiesen sind. Die Steuersenkungen, die wir hier in der ersten Lesung beschlossen haben, sind vergiftete Steuergeschenke. Die zweite Lesung birgt immer noch eine Chance. Steuergeschenke, die auf Kosten der Behinderten erkaufte wurden, entsprechen nicht unserer grünen Politik. Der Leistungsabbau ist Symptom. Er ist schmerzhaft, aber die Ursache ist die nichtfinanzierte Steuersenkung. Die grüne Fraktion wird den VA der Gerichtsbehörden selbstverständlich unterstützen. Der VA, der AFP und der Bericht zum EP bekommen unsere Unterstützung jedoch nicht.

Adrian Haas, Bern (FDP). Ich sehe es etwas weniger dramatisch als Natalie Imboden. Aber trotzdem besteht für Euphorie kein Anlass. Das Ausgabenwachstum haben wir nur sehr wenig gedämpft, die Ausgaben nehmen nämlich trotz dieses Sparpakets nach wie vor über der Teuerung zu. Man kann also auch nicht von massivem Leistungsabbau sprechen. Bei den juristischen Personen haben wir beim StG 2019 ein kleines Zeichen gesetzt, was zu einer kurzfristigen Verbesserung auf Rang 15 führt. Aber wie Sie im Vortrag nachlesen können, landet der Kanton bereits im Jahr 2022 dann wieder dort, wo er begonnen hat, nämlich auf Rang 23. So gut sieht es also auch dort nicht aus. Bei den natürlichen Personen konnten wir mit der Annahme der Motion der glp ebenfalls ein kleines Zeichen setzen, allerdings erst auf 2021. Wir gehen davon aus, dass das dann im StG 2021 tatsächlich auch umgesetzt wird, auch wenn die Regierung immer findet, ihre Steuerstrategie sei das Alleinseligmachende. Für uns handelt es sich dabei nicht unbedingt um eine Strategie, sondern eher um eine skizzierte Vorgehensweise. Der Standortnachteil des Kantons Bern im Steuerbereich bleibt auch nach dieser Debatte und auch nach diesen Beschlüssen bestehen. Zudem ist es nach wie vor ziemlich unklar, wie sich die Regierung per 2025 innerhalb des Standortvergleichs unter den Kantonen im Steuerbereich verbessern will, so wie es in der Wirtschaftsstrategie, die noch von der rot-grünen Regierung erarbeitet worden ist, schwarz auf weiss steht. Leider bleibt Finanzpolitik immer noch Tagespolitik. Wir hüpfen nach wie vor von Budget zu Budget und sparen in homöopathischen

Dosen. Viel geredet bedeutet nicht unbedingt viel gespart. Es kam auch in dieser Session nicht zu einem Befreiungsschlag des Kantons Bern. Das sähe dann ein bisschen anders aus. Die FDP stimmt dem VA zu, allerdings ohne Begeisterung. Ebenso werden wir den AFP genehmigen. Zwar ist dieser leicht rot, aber wir gehen davon aus, dass er fast von selber wieder schwarz wird, nämlich durch zusätzliche Steuereinnahmen. Allerdings fehlt uns dort auch, wie ich bereits gesagt habe, der Handlungsspielraum für die Zukunft. Den Bericht zum EP 2018 nehmen wir zur Kenntnis. Ich muss einfach auch nach dieser Debatte sagen: Das Ganze ist halb so wild.

Michael Köpfli, Bern (glp). Ich habe es bereits eingangs erwähnt: Wir stehen hinter der Steuerstrategie des Kantons Bern, auch wenn wir das Ausbleiben einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer bedauern. Das hat aber auch zur Folge, dass wir Verantwortung übernehmen und im Gegenzug das nötige EP im Grundsatz mittragen. Das haben wir in der Debatte getan, und das werden wir auch heute tun. Neben den meisten Massnahmen des Regierungsrats, die wir mitgetragen haben, gingen einige Massnahmen zu weit, weil sie Kernaufgaben in sensiblen Bereichen betreffen. Bei einigen passte uns die Begründung oder das Vorgehen des Regierungsrats nicht. Das war zum Beispiel bei den Behinderteninstitutionen, im Bereich der Psychiatrie oder bei der bekannten Black-box 44.7.7 der Fall, wo uns das Vorgehen des Regierungsrats mit dem Ausschalten der FiKo nicht passte. In all jenen Bereichen, die wir in der Form des Regierungsrats abgelehnt haben, schlugen wir entweder Mittelwege vor, oder wir reichten alternative Sparvorschläge ein, die eine neue Entlastung im gleichen Ausmass bringen würden, damit wir nicht in eine Neuverschuldung reinlaufen. Der Erfolg war unterschiedlich, und ich komme hier zu einer Würdigung anhand von ein paar positiven und negativen Punkten:

Positiv ist für uns sicher der beschlossene Mittelweg in der Psychiatrie, indem wir dort auf die Hälfte der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Sparmassnahme zurückgegangen sind. So ist es für uns verkraftbar und realistisch; das andere wäre zu viel gewesen. Positiv ist für uns auch, dass die Planungserklärung von Fraktionskollege Brönnimann angenommen wurde, welche besagt, es sei auch in der Zentralverwaltung beim Personal mittelfristig ein moderater Abbau in der Höhe von 3 Prozent ins Auge zu fassen. Abgesehen von der GEF und der ERZ war es für uns beim vorliegenden Paket schon ein bisschen so, dass vor allem ausserhalb der Verwaltung gespart wurde. Deshalb sollte nicht nur bei den Institutionen oder Leistungsvertragspartnern, sondern auch in der Zentralverwaltung eine moderate Massnahme umgesetzt werden. Das geht sicher auch mit natürlichen Fluktuationen, also ohne Entlassungen. Auch sind wir erfreut, dass man sich gestern hinter den Grundsatz Stipendien statt Sozialhilfe gestellt hat. Das war eine positive Überraschung, die uns gefreut hat. Und nicht zuletzt sind wir sehr froh darauf, dass wir den Leistungsausgleich bei der Familienausgleichskasse gegen eine unheilige Allianz gewisser Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände beschliessen konnten. Das spart uns jährlich mehr als 6 Mio. Franken, ohne dass jemand darunter leiden muss. Es ist auch schön, dass heute der erneute Versuch, das zu verhindern, klar scheiterte.

Auf der anderen Seite gibt es auch Dinge, die uns stören oder die gar nicht in unserem Sinn sind. Ich beginne bei den Behinderteninstitutionen. Wir schlugen dort Mittelwege vor, die drei Viertel der Sparmassnahmen für den VA rückgängig gemacht hätten und uns nachher die Möglichkeit gegeben hätten, jährlich zu beurteilen, wie das Sparpotenzial tatsächlich aussieht. Nachdem Natalie Imboden die soziale Kälte angesprochen hat, möchte ich sagen: Dieser Antrag wäre im Rat durchgekommen. Wir hatten die Zusagen der EVP, der EDU und von Teilen der BDP. Doch war es leider so, dass bei der Abstimmung die SVP und die FDP auf die Extremvariante von links geschwenkt sind, die alles streichen wollte. Das war seitens der SVP und der FDP strategisch durchaus clever. Leider fehlte auf der linken Seite die Cleverness, auf den Mittelweg umzuschwenken, der bei den Behinderten 4,8 von 6,4 Mio. Franken wieder ins Budget aufgenommen hätte. Dies obwohl ich vorhin mit verschiedenen Leuten gesprochen habe. Auch wenn es Dinge gibt, die uns stören, werden wir den Vorlagen heute zustimmen, denn das ist unsere Verantwortung. Und vor allem: Wenn eine unheilige Allianz jetzt den AFP ablehnt, werden wir in vier Monaten diese Debatte wieder führen müssen, und das kostet uns und die Verwaltung wieder viel Geld. Auch werden dadurch gegenüber dem Kanton Bern unnötig Vorurteile zementiert. Denn dann stehen wir endgültig als Verwaltungsbeschäftigter und Schildbürger da.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Die Debatte zum Abbaupaket, zum VA und zum AFP, gehört für unsere Fraktion zu einer der traurigsten Debatten, die wir je hier im Rat geführt haben. Die Arroganz und Hochmüdigkeit, die hier gegenüber der Bevölkerung des Kantons Bern zutage tritt, wie an der Bevölkerung gespart wird und wie viel Lebens- und Arbeitsqualität vernichtet wird, ist für ein reiches

demokratisches Land wie die Schweiz eine Schande. Ohne Anzeichen von Bedauern sagt ein Regierungsrat oder sagen Grossrätinnen und Grossräte lapidar, sparen tue halt immer weh. Ja das können Sie schon sagen, Sie mit Ihren guten, gesicherten Einkommen, mit ihren Einfamilienhäuschen und alljährlichen Ferien, vielleicht sogar im Ausland; so lässt es sich leicht sparen. Die Bauern werden einmal mehr verschont, sei es hier im Grossen Rat oder auf nationaler Ebene im Nationalrat. Wer keine Lobby hat, steht auf verlorenem Posten. Eure Losung lautet: Für wenige statt für alle.

Besonders ratlos lässt uns das Votum von Jakob Etter zurück. Es ist für uns unverständlich, wie die BDP, nach dem, was Sie, Jakob Etter, vorhin gesagt haben, so viele soziale Anliegen im Regen stehen lassen kann. Wütend macht uns auch, dass der Regierungsrat die Initiantinnen und Initianten der Initiative zu den Krankenkassenprämien im Regen stehen lässt. Wir haben unsere Initiative im Vertrauen auf Regierungsrat Neuhaus zurückgezogen. Er sagte, in der Verordnung sei jetzt alles gut vollzogen und wir könnten doch jetzt die Initiative zurückziehen. Leider haben wir das dann gemacht, was wir heute sehr bedauern. Weiter macht uns diese Steuersenkung wütend, die wir uns schlicht und einfach nicht leisten können. Bisher sind es lediglich leere Versprechungen, dass damit Arbeitsstellen geschaffen würden. Wir vertrauen nicht auf das Prinzip Hoffnung und orientieren uns an der Realität. Wir verschenken Geld. Ja, für unsere Fraktion handelt es sich hier um verschenktes Geld wider besseres Wissen, denn die entsprechenden Ressourcen fehlen uns dazu. Wie Natalie Imboden bereits gesagt hat, sind diese Steuersenkungen nicht gegenfinanziert. Sie können jetzt noch lange hier im Saal den Kopf schütteln, die Augen rollen und sich über Jugendliche aufregen, die zu Demos aufrufen: Wir bleiben bei unserer Ansicht. Diese Steuersenkung und die Spardebatte sind unsozial, gefährden die Solidarität zwischen den gesellschaftlichen Schichten und damit auch den sozialen Frieden. Zudem gefährden sie – das ist besonders unerträglich – auch die Gesundheit älterer Menschen, kranker Menschen und von Jugendlichen. Die Mehrheit hier im Saal, gemeinsam mit dem Regierungsrat, laufen aus unserer Sicht mit offenen Augen in ein Unglück. Welch ein Trauerspiel! Wir werden den VA und den AFP ablehnen und den Bericht zum EP 2018 negativ zur Kenntnis nehmen.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Auch für uns war die Debatte nicht einfach. Wenn man aber Bilanz zieht, muss man schauen, wie das Ziel ursprünglich ausgesehen hat. Wir wollten und wollen es immer noch, dass der Kanton seinen Haushalt im Gleichgewicht hat. Wir wollen einen positiven Finanzierungssaldo, wir wollen aber auch als Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig bleiben. Mit diesen Rahmenbedingungen sind wir in die Debatte eingestiegen. Vorhin wurde gesagt, es handle sich dabei um ein Steuergeschenk. Aber hier besteht eine gewisse Notwendigkeit, damit wir nicht noch weiter abgehängt werden. Aus unserer Optik haben wir hier die Hausaufgaben gemacht. Wir haben sie auch bei den schwierigen Massnahmen gemacht, und zwar aufgrund der Einsicht in die Notwendigkeit. Unsere Fraktion fand nicht überall eine Mehrheit und persönlich haben wahrscheinlich viele mit sich selber gerungen. Aber letztlich ist der von der Regierung vorgespurte Weg, dem wir zum grössten Teil folgen konnten, der richtige. Es war denn auch bezeichnend, als die Finanzdirektorin ausdrücklich gesagt hat, der Regierungsrat sei einstimmig sowohl für die StG-Revision als auch für das EP eingestanden. Das zeigt, dass diejenigen, die in der Regierung die Verantwortung tragen, über eine langfristige Optik verfügen, die wir ebenfalls teilen. Zudem wäre es für unseren Kanton schwierig, wenn wir dort nichts machen würden.

Ich möchte noch auf Folgendes hinweisen: Regierungspräsident Pulver hat gestern ausdrücklich in der Spardebatte gesagt, die er übrigens souverän bestritten hat, die moderaten Steuersenkungen seien notwendig und er befürworte sie. Ich sage das hier, um die Notwendigkeit herauszustreichen und um zu widerlegen, dass die eine Seite jetzt einfach total majorisiert worden ist. Vielmehr sehen viele die Notwendigkeit ein. Bei den einzelnen Massnahmen waren wir uns nicht immer einig, und ich möchte als Vertreter der SVP-Fraktion nicht bestreiten, dass es teilweise schwierige Entscheide waren. Das Treffen der Entscheidungen fiel vielen von uns schwer. Aber sie sind letztlich vertretbar, und hier sind wir mit der Regierung grösstenteils einverstanden. Wir haben das gemacht, weil wir letztlich die langfristige Optik und den langfristigen gesunden Finanzhaushalt unseres Kantons im Blick haben. Ein gesunder Finanzhaushalt bei einer tragbaren Steuerbelastung liegt wirklich im Interesse aller Bernerinnen und Berner, und dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Meine Vorrednerin hat vorhin gesagt, die SP werde den VA ablehnen. Für uns wäre es jetzt verlockend, die Verantwortung ebenfalls nicht wahrzunehmen und den VA ebenfalls abzulehnen, nachdem die Anträge der SVP zum Teil auch abgelehnt worden sind. Dies war gerade vorhin bei der Steuerbelastung der Fall. Aber wir machen das nicht. Wir stimmen dem VA zu, denn wir tragen die Verantwortung und wollen gemeinsam mit dem Regierungsrat diesen Weg gehen. Wir stimmen

dem VA zu. Möglicherweise gibt es aufgrund der abgelehnten Anträge einzelne Enthaltungen. Auch zum AFP wird es Enthaltungen geben, aber wir werden ihm grundsätzlich ebenfalls zustimmen. Es wurden auch Planungserklärungen überwiesen, die uns das einfacher machen. Auch werden wir den Bericht zum EP 2018 zur Kenntnis nehmen.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Nicht zuletzt aus Zeitgründen verzichte ich darauf, hier einen Einblick in das Seelenleben unserer Fraktion zu geben, wie es andere Fraktionssprechende getan haben. Wir werden den Bericht zum EP 2018 mittragen. Die Anträge der FiKo haben wir mehrheitlich unterstützt. Auch haben wir gewisse Korrekturen vorgenommen. Grundsätzlich haben wir es geschafft, einen ausgeglichenen VA und einen fast ausgeglichenen AFP zu erreichen. Das ist für uns das Wesentliche. Die EDU-Fraktion begrüsst es, dass für die Unternehmen im Steuerbereich etwas gemacht worden ist. Nur schade, dass wir bei den natürlichen Personen immer nur davon reden und es auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Als Letztes möchte ich der Regierung danken. Wir haben es als sehr positiv empfunden, dass die einzelnen Regierungsräte, jeder in seinem Sachbereich, vor uns die Sparmassnahmen vertreten haben, und dass die Aufgabe nicht einfach bei der Finanzdirektorin blieb. Es haben wirklich diejenigen die Geschäfte vorgestellt, die sie kennen. Das war neu, und es war sehr positiv. Auch möchten wir der FiKo für ihre Arbeit danken. Sie hat einen riesigen Einsatz geleistet. Die EDU-Fraktion wird sowohl den VA als auch den AFP genehmigen.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Ich möchte mich für diese Debatte bedanken, für eine Debatte, die sehr, sehr lange gedauert hat. Ich kann verstehen, wenn nicht alle mit ihrem Ausgang zufrieden sind. Ich habe in meinem Eingangsvotum am Montag vor einer Woche gesagt, eigentlich sollte man keine dieser Sparmassnahmen herausbrechen, da sonst das Risiko besteht, dass wir uns wieder im Minus befinden. Der Regierungsrat hat Ihnen sowohl das Budget als auch den AFP 2019–2021 positiv präsentiert, aber eben nur, wenn alle Entlastungsmassnahmen umgesetzt werden. Jetzt ist aber genau das passiert, von dem ich gesagt habe, dass es das Parlament nicht tun sollte. Aber ich bin nicht blauäugig und bin nicht davon ausgegangen, dass Sie die Massnahmen einfach so durchwinken. Die Zeichen im Vorfeld sahen ganz klar anders aus. Das ist auch das Recht des Parlaments, und die Regierung muss das akzeptieren. Aber aufgrund der Diskussionen und der entsprechenden Entscheide liegt jetzt im AFP ein negativer Finanzierungssaldo vor.

Ich habe den einzelnen Fraktionssprecherinnen und -sprechern sehr aufmerksam zugehört, und offenbar wird jetzt damit geliebäugelt, den AFP, weil er eben negativ ist, zurückzuweisen. Was würde das eigentlich bedeuten, wenn man aus politischen Überlegungen und Befindlichkeiten den AFP zurückweisen würde? Das Budget können Sie nun wirklich nicht zurückweisen, es ist durchwegs positiv. Das würde bedeuten, dass die Regierung wieder zusätzliche Entlastungsmassnahmen beschliessen müsste. Ich habe es Ihnen bereits ein paarmal gesagt: Wir legten Ihnen jene Sparmassnahmen auf den Tisch, bei denen wir den Eindruck hatten, sie seien vertretbar. Und wir legten Ihnen auch diejenigen auf den Tisch, bei denen wir den Eindruck hatten, sie seien nicht vertretbar, müssten aber umgesetzt werden, wenn die Steuern gesenkt werden sollen. Die Fakten liegen also auf dem Tisch, und die Regierung wird im Fall einer Rückweisung halt darüber diskutieren müssen, welche dieser Massnahmen dann im März, wenn wir neu über den AFP diskutieren, umgesetzt werden müssen. Es wäre sicher sehr interessant, im März noch einmal über Entlastungsmassnahmen zu diskutieren. Es würde aber nicht nur das bedeuten. Es würde auch bedeuten, dass genau diejenigen Leute, denen Sie vorhin applaudiert haben, was mich sehr gefreut hat, jetzt wieder über Weihnachten arbeiten und all diese Arbeiten erledigen müssten, damit wir dann im März diese Diskussion führen können. Ich weiss nicht, ob es sich dabei wirklich um sinnvolle Arbeit handeln würde, oder ob es nicht eher ein Leerlauf wäre.

Ich möchte Sie wirklich bitten: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, auch wenn Sie nicht ganz zufrieden sind. Ich kann es verstehen, aber trotzdem: Sie sind hier als Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertreter gewählt, die den Kanton weiterbringen sollen. Mit einem zurückgewiesenen AFP bringen Sie den Kanton ganz sicher nicht weiter. Deshalb, seien Sie so gut, stimmen Sie sämtlichen Anträgen zu. Die Regierung dankt Ihnen dafür.

Präsidentin. Somit kommen wir zu den Schlussabstimmungen. Sorgen wir dafür, dass wir den Kanton vorwärts bringen.

Zuerst zur Schlussabstimmung über den VA 2018. Dieser wird mit folgenden Eckwerten beschlossen: Ertragsüberschuss in der laufenden Rechnung mit 108,3 Mio. Franken; Nettoinvestitionen von

469,54 Mio. Franken inklusive Spezialfinanzierungen; positiver Finanzierungssaldo von 35,1 Mio. Franken; eine Steueranlage von 3,06. Rahmen der Neuverschuldung, Kreditlimite: 600 Mio. Franken; Übertrag von 1,7 Mio. Franken aus der laufenden Rechnung vom Tiefbauamt in den See- und Flussuferfonds gemäss Artikel 7 des Gesetzes über See- und Flussufer vom 6. Juni 1982 (See- und Flussufergesetz, SFG). Wer das so beschliessen möchte, stimmt Ja, wer das nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (12.b Schlussabstimmung VA 2018)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	96
Nein	25
Enthalten	24

Präsidentin. Sie haben den VA 2018 so beschlossen mit 96 Ja- gegen 25 Nein-Stimmen bei 24 Enthaltungen.

Wir kommen zu Kapitel 13, zur Genehmigung des AFP 2019–2021. Wer den AFP 2019–2021 genehmigen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (13 Schlussabstimmung AFP 2019–2021)

Der Grosse Rat beschliesst:

Genehmigung

Ja	85
Nein	38
Enthalten	23

Präsidentin. Sie haben den AFP 2019–2021 so genehmigt mit 85 Ja-, 38 Nein-Stimmen bei 23 Enthaltungen.

Jetzt kommen wir noch zur Kenntnisnahme des Berichts des Regierungsrats an den Grossen Rat zum EP 2018. Wer den Bericht zur Kenntnis nimmt, stimmt Ja, wer das nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (14 Schlussabstimmung zum Bericht EP 2018)

Der Grosse Rat beschliesst:

Kenntnisnahme

Ja	100
Nein	30
Enthalten	17

Präsidentin. Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen mit 100 Ja-, 30 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen.

Damit sind wir heute Dienstagmorgen um 10.49 Uhr am Schluss der Haushaltsdebatte angelangt. Erinnern Sie sich noch an den «Zibelemärit»? Am 27. November nachmittags sind wir in diese lange Debatte eingestiegen. Inzwischen haben wir 30 Stunden und 19 Minuten über den VA diskutiert. Die Zeit ist das eine, die Qualität das andere. Wir sind ein Parlament, wir haben gesprochen, einander zugehört, und ein paarmal haben wir auch auf das reagiert, was die anderen gedacht und gemacht haben. Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich bei der Finanzdirektorin. Sie war sehr lange hier bei uns in diesem Saal. Herzlichen Dank, dass Sie diese lange Zeit mit uns verbracht haben! Ja genau, die Bänke sind hart, vielen Dank. Ich wünsche Ihnen eine gute Vorweihnachtszeit.